



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

28 (17.1.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207469](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207469)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim a. Umgebung frei ins Haus...
Verlag: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Anzeigenpreise: Bei Vorkaufszahlung die 11. Seite Mt. 100...
Anzeigenpreise: Bei Vorkaufszahlung die 11. Seite Mt. 100. —
Stellenf. u. Sam. u. Anz. 50%, Nachl. Kellern Mt. 100. —
Annahmest. 11. Mittagblatt vorm. 8%, Ab. 10%, Nachm. 2%,
Ab. für Anzeigen an bestim. Tagen, Stellen u. Anzeigen
u. keine Verantwort. über. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebs-
störungen ufm. Verantwort. zu sein. Erfahrungspreis 1. ausgef.
oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahmen
von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gebühr.

Kurze Uebersicht

Die Kohlenbesitzer und Arbeiter der Ruhrgegenden haben wiederholt erklärt, kein Stück Kohle an Frankreich und Belgien zu liefern, allen Schritten zum Trotz.

Die französische und belgische Regierung haben beschloffen, sofort die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben.

Nach einer Pariser Meldung sollen mehrere für Bayern bestimmte Kohlenzüge für Frankreich beschlagnahmt worden sein.

Sinnlos ist es gelungen, von einer Gruppe Londoner Banken einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling zu erhalten zum Ankauf von 1 1/2 Millionen Tonnen Kohlen.

Es geht ums Ganze!

Die Franzosen und Belgier haben sich in Essen vollkommen festgesetzt. Es gibt auch für sie gar keine Möglichkeit mehr, vom Feld zu kommen, wenn sie ihrer bisherigen Methode treu bleiben. Der Beweis dafür ist erbracht, daß deutsche Kohlen für sie nur zu haben sind, auf dem Wege der freiwilligen Vereinbarung und mit Hilfe des Kohlenyndikats. Alle anderen Wege führen unter keinen Umständen zum Ziel. So stehen sich schon nach ein paar Tagen des Einmarsches in das Ruhrgebiet zwei Weltkriege im schmerzlichen Ringen gegenüber. Die Franzosen haben aus den bisherigen Erfahrungen noch nichts gelernt, sie beharren bei ihrem bisherigen Verfahren und heinen sogar die Absicht zu haben, es noch wesentlich zu verschärfen. Auf der anderen Seite steht der deutsche Widerstand, der es den Franzosen vollkommen unmöglich macht, an die Bodenschätze des Ruhrgebietes heranzukommen. Zwischen diesen beiden Gewalten ist der Kampf entbrannt, und zwar auf Viegen oder Brechen. Die Frage ist: Welche Seite wird sich biegen, welche wird zusammenbrechen?

Eins wissen wir im voraus: Die Zehenddirektoren im Ruhrgebiet sind durch Gewalt ebenso wenig zu biegen oder zu beugen, wie ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter. In einer nicht mehr zu übersehenden Deutlichkeit hat Herr Thyllen am Montag dem Generalkommissar Collet erklärt, daß für ihn und seine Kollegen nur der Reichshohenkommissar Befehlsgewalt habe. Da die Franzosen, wie sie drohen, nun zu Verhaftungen schreiten oder andere Gewaltmittel anwenden werden — sicher ist, daß sie auch damit nur einen Schlag ins Wasser tun. Die Werte werden selbstverständlich weniger leistungsfähig sein, wenn man die Direktoren verhaftet. Die an ihre Stelle treten, werden aber für die Franzosen keine willigeren Werkzeuge sein als die Direktoren selbst. Die ganzen Grubenverwaltungen sind bis zu ihren unteren Organen darauf eingestellt, von französischen Ingenieuren oder Militärpersonen keine Anordnungen entgegenzunehmen. Daran scheitert jede Befehlsgewalt, die sich etwa der kommandierende französische General anmaßen sollte. Und wenn etwa die Franzosen und Belgier auf die Befehlsgewalt ihre Hoffnungen setzen sollten, so werden sie eine schwere Enttäuschung erleben. Der wehrfähige Bergarbeiter ist seiner ganzen Natur und Anlage nach für die französischen Geheile noch weniger ein Spielzeug als der sozialistische. Die deutschen Arbeiter, die die Franzosen bei ihrem Liebeswerben von den Vertretern der Bergarbeiter erhalten haben, werden ihnen darüber wohl die Augen öffnen. Alle Kräfte, die mit der Förderung der Kohle zu tun haben, bilden im Ruhrkohlenbezirk eine Front, die fest zusammenhält.

Diese Front läßt sich nicht biegen und sie wird auch nicht zusammenbrechen. Wie aber wird dann die Kraftprobe enden? Für die Franzosen und Belgier gibt es einen einfachen Weg, der aus allen Schwierigkeiten herausführt. Wenn sie sich an das Kohlenyndikat wenden, so werden sie dort sicher den Willen zu Verhandlungen vorfinden, allerdings unter der Bedingung, daß sie Essen für das Kohlenyndikat wieder freimachen, d. h. die Stadt räumen. Aber daran denken die Gewalttäter natürlich nicht — nach nicht. Sie werden vermutlich vorher weitere Versuche anstellen, mit Gewalt etwas zu erreichen. Sie können die Besetzung quälen und sie können auch das unbesetzte Deutschland schmerzlichen Bedrückungen aussetzen. Aber wenn wir eben so fest bleiben wie unsere Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet, so können sie uns doch nicht erreichen: Die Lieferung der Kohle, die sie sich mit Heiter, Koh und Wagen an der Quelle holen wollen. Und dann wird vielleicht doch einmal der Augenblick kommen, in dem an dem letzten Widerstandswillen die schäumenden Wellen dieser Gewaltaktion sich brechen. Seit die Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet eingebrochen sind, handelt es sich nicht mehr um Reparationen, sondern um die ganz einfache Frage, ob wir Sklaven oder freie Menschen sein wollen.

Feste Haltung bei Arbeitgebern u. -nehmern

□ Berlin, 17. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Nach allen übereinstimmenden Nachrichten bleiben die Zehendenbesitzer fest bei ihrer eigenommenen Haltung. Auch in der Haltung der Bergarbeiter ist keine Änderung eingetreten, sie sind im Gegenteil durch den Verlauf der gestrigen Sitzung in Düsseldorf in ihrem Widerstand nur noch befestigt worden. Die leitenden Beamten der Guten Hoffnung hätte haben erklärt, daß, falls ihre Direktoren verhaftet werden sollten, sie ebenso wenig dem französischen Befehl Folge leisten würden. Bezeichnend ist, daß General Degoutte Kommunisten persönlich zu der Sitzung eingeladen hat. Falls eine Konstitution der Werke erfolgen und die noch vorhandenen Kohlenvorräte beschlagnahmt werden sollten, so würde dieser Akt den Franzosen immer noch nicht genügend Geld einbringen, um die Bergarbeiter zu bezahlen. Auf den Halben sind kaum noch so viel Kohlen vorhanden, daß die französischen Wünsche befriedigt werden können.

Wie Havas mitteilt, werden heute sämtliche Grubenbesitzer im Bezirk des Requisitionsbefehls sein; sie werden einzeln für die Ausführung der Verpflichtung haftbar gemacht werden, d. h. es wird ihnen mit dem Prozess vor dem Militärgericht gedroht, im Falle sie sich dem Befehle nicht unterwerfen, der diesmal nicht von den Zivilbehörden, sondern von den militärischen Behörden ausgeht.

Der Korrespondent des „Welt Parisien“ in Düsseldorf hatte eine kurze Unterredung mit dem Vertreter von Krupp, Thomas, als dieser die Zusammenkunft mit General Simon verließ. Thomas erklärte: „Wir sind bereit vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, auch unsere Verurteilung erwarten wir, Gefängnisstrafen werden wir ertragen, doch Kohlen werden wir bestimmt nicht liefern.“

Vor neuen Sanktionen

□ Berlin, 17. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Die Agentur Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen:

Infolge der gestern festgestellten deutschen Verletzung bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französische und belgische Regierung entschlossen, sofort auf Konto der Alliierten die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen und zwar läme infolge der zwei weiteren von der Reparationskommission festgestellten Verletzungen Deutschlands die Kontrolle der Domänenforsten in Betracht. Diese werde vorbereitet Ferner werde die Errichtung einer Zolllinie im Rheinland und um das Ruhrgebiet geprüft.

Einführung der Kontrolle der Kohlenzüge

Die Franzosen haben die gestern von ihnen eingeführte Kontrolle der Kohlenzüge auf den verschiedenen Hauptstationen des Ruhrgebietes nicht nur nicht weiter ausgedehnt, sondern heute vollständig eingestellt. Ansehend haben sie die Schwierigkeiten dieser Maßnahmen, die zu geeignet waren, den Güterverkehr empfindlich zu stören, eingesehen. Gestern sind ebenso wie in den letzten Tagen etwa 20 000 Waggons Kohlen von den Ruhrgegenden verladen worden, die hauptsächlich industriellen Werken des Ruhrgebiets zugeführt wurden, während der Rest ins unbesetzte Deutschland abging. Von den zu Reparationskohlenlieferungen verpflichteten Zechen sind dagegen keine Brennstoffe verladen worden.

Beschlagnahme von Waggons und Kanalschiffen

Wie der „Welt Parisien“ meldet, haben die alliierten Behörden im Ruhrgebiet gestern eine Reihe von Waggons und Kanalschiffen mit einem Gesamtwert von 300 000 Tonnen beschlagnahmt. Mehrere Kohlenwaggons, die nach Bayern abgehen sollten, seien angehalten und nach dem Westen geschickt worden. Das Journal des Debats teilt mit, daß Frankreich die ersten Kohlenzüge zugelassen hätte.

Frankreich will die Löhne zahlen!

Dem Journal zufolge hat die französische Regierung schon fast vollständig die 15 Milliarden Papiermark zur Verfügung, die notwendig seien, um am 25. ds. Mts. die Zahlungen an die Arbeiter des Ruhrgebietes vorzunehmen.

Die Läden der Besatzung

Aus Essen wird der B. Z. gemeldet, der französische Divisionsgeneral in Essen hat der deutschen Behörde die bevorstehende Ankunft eines Kommandantenkommandos angekündigt, wofür 200 Zimmer in Privatwohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen. In Essen hat die Besatzungsbehörde für Metzgerei über 400 Hotelzimmer in Anspruch genommen. Für die Unterbringung der französischen Journalisten sind allein ein Hotel mit 100 Zimmern beschlagnahmt worden. Von Schulen sind bisher 10 Volksschulen, eine höhere Schule, eine Mädchenmittelschule und zwei Turnhallen beschlagnahmt worden. Der Unterricht hat dort vorläufig ausgesetzt werden müssen.

Die Gründe für die Verlegung des Kohlenyndikats

Von unterrichteter Seite wird über die Verlegung des Kohlenyndikats von Essen nach Hamburg und die Auswirkungen dieser Tatsache folgendes mitgeteilt:

Der Eindruck dieses innerhalb fünf Stunden in die Zeit umgesetzten Beschlusses ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland stark gewesen. Die Bedeutung des Schrittes aber vertannt man, wenn man ihn lediglich als Demonstration bewertet. Schwermüde rechtliche und praktische Erwägungen drängen die Zehendenbesitzer dazu, den rechtlich und geschäftlich stark ausgebauten Apparat nicht kostenlos den einmarschierenden Feinden in die Hand zu geben. Alle Zehden sind feilsch und vertraglich verpflichtet, die Kohlen d. h. zu liefern, wozu das Syndikat sie bestimmt. Wäre der ganze, wohl aufgezogene Apparat des Syndikats in die Hände der Franzosen gefallen, so hätte eine Kommission von wenigen Personen genügt, um ihn zu zerlegen, an alle Zehden zu benutzen. Das ist jetzt nicht möglich. Soweit die Zehden nicht befehl sind, sind sie von Eingriffen des Feindes frei. Auch die Zehden im besetzten Gebiet können nicht mit den Mitteln des Syndikats gezwungen werden. Verhalten sie sich ablehnend, so bleibt den Feinden nur der Weg übrig, auf jeder einzelnen Zehde gewalttätig Eingriffe in das Privateigentum zu machen.

Wäre den Franzosen durch Personen und Aktienmaterial des Syndikats eine vollständige Uebersicht über die Kohlenlieferungen Deutschlands in allen Einzelheiten zugänglich gemacht worden, so wäre ihnen gar bezu der systematische Weg gewiesen worden, die deutsche Industrie, wie und wo es ihnen paßte, durch Kohlenmangel eingekerkert zu lassen und mit diesem kurzfristigen Druckmittel die Zwangsherrschaft über die Industrie auszuüben, wie dies aus dem S. angebeten zur Genüge bekannt ist. Denn im Saargebiet haben sie lediglich durch die Drohung, keine Kohlen zu liefern, von jedem Werk, von dem sie es wünschten, erpreßt, daß 60 Prozent des Kapitals in französische Hände übergingen. Jetzt aber müssen die Franzosen, wenn sie diese gegen die deutsche Industrie gerichtete Vernichtungspolitik treiben wollen, in jedem Einzelfall einen Befehl geben und ihre wirklichen Absichten einschleiern. Durch das Kohlenyndikat wäre den Franzosen eine verhältnismäßig unauffällige systematische Erdrosselung der deutschen Wirtschaft leichter geworden, also so, wo sie Rechtsbruch auf Rechtsbruch häufen und so ihr wahres Gesicht zeigen müßten.

Genenüber diesen rechtlichen und praktischen Erwägungen, die für die Verlegung des Kohlenyndikats ausschlaggebend waren, mußten alle Bedenken zurückgestellt werden. Nach Ueberwindung der Ueberwindungsschwierigkeiten wird das Kohlenyndikat seine Arbeit im Interesse des Volkes wieder vollkommen bewältigen.

Im Hamburger Handelsrat wurde eingetragen, daß die Hamburger Zweigniederlassung der Hugo Sinnnes G. m. b. H. zum Ein der Gesellschaft bestimmt wurde. Bisder war der Sitz der Gesellschaft Wülheim a. d. Ruhr.

* Verbot einer Gedächtnisfeier. Die Gedächtnisfeier für die Gefallenen der Bonner Universität, die, wie in den vergangenen Jahren, am 18. Januar in der Beethovenhalle stattfinden sollte, ist von der französischen Besatzungsbehörde verboten worden.

Nach der Besetzung Memels

Der Eindruck in Polen

Obgleich die Einnahme Memels durch die Litauer vorausgesehen wurde, hat doch die Nachricht von der vollzogenen Tatsache in Warschau die Erregung vermehrt, zumal man noch gehofft hatte, daß die französischen Kriegsschiffe rechtzeitig eingreifen könnten. Selbst die Blätter der Linken, die bisher von Verdächtigungen Deutschlands abgesehen hatten, beschuldigen nun Deutschland, daß es mit Rußland gemeinschaftlich das Abenteuer arrangiert habe. (1)

Vertragsverletzung durch die Franzosen

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß Frankreich auch in Memel den Versailler Vertrag dadurch verletzte, daß es vertragsgemäß die Verpflichtung übernahm, das Gebiet unter allen Umständen gegen etwaige gewalttätige Veruche, eine Entschädigung auf dem Wege vollzogener Tatsachen herbeizuführen, zu schützen. Die für uns günstige Rechtslage sei eine nicht zu unterschätzende Waffe für die völkerrechtliche Begründung der zu unternehmenden deutschen Schritte.

Die Haltung der litauischen Regierung

Die polnische Presse meldet, daß die litauische Regierung 3000 Mann Infanterie und Banzerautos nach Memel geschickt habe. Die Regierung habe 15 Millionen deutsche Mark zur Unterstüzung der litauischen freiwilligen Kämpfer bestimmt. Am 13. Januar wurde in Romno eine Kundgebung für die Annexion Memels durch Litauen abgehalten. Der Präsident der Republik hat die Manifestationen empfangen und ihnen klar die annexionalistischen Absichten seiner Regierung mitgeteilt.

Der französische Gesandte in Warschau ersuchte die polnische Regierung, ein Kriegsschiff für den Obersten Trousson zur Reise nach Memel zur Verfügung zu stellen, der vom Bolschofferratz zum Oberkommandierenden in Memel ernannt wurde. Nach einer Meldung aus Breslau hat der französische Kreuzer „Coltaire“ den Hafen verlassen und die Reise nach Memel angetreten.

Badischer Landtag

Das Stammgütergesetz

Der Rechtsplenausschuß des Landtags hat die erste Lesung über das Stammgütergesetz beendet. Eingehend besprochen wurden die neuen Vorschläge des Berichterstatters über die Errichtung von Familienstiftungen. Diese Stiftungen müssen unter das Stützungsgesetz fallen. Bei der Abstimmung wurde beschlossen, daß für die Feststellung der Abstammungsberechtigten der Todesort der Stammherren sein soll. Verschiedene einzelne Fragen, so auch diejenige über das Vorkaufsrecht für Staat und Gemeinde werden in einem Unterausschuß noch weiter behandelt.

Neue Gesetzentwürfe

Dem Landtag sind verschiedene Gesetzentwürfe zugegangen, darunter ein solcher über die Versicherung der Kinderbestände, ferner der Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum badischen Fürstengesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte, der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Kofien-, Rechtspolizei- und Grundbuchausführungsgesetzes und schließlich der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Änderung des Beamtengesetzes. (Ueber diese Gesetzesänderung, die sich vor allem mit den Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik befaßt, haben wir schon berichtet.)

Unter den neuen Eingängen befinden sich u. a. Gesuche der badischen Landwirtschaftskammer über die Erhaltung der badischen Steuereinnahmeverfahren, des badischen Winzerverbandes über die Beschäftigungsbekämpfung, des Landesverbandes Baden der Reichsarbeitsgemeinschaft reisender Gewerbetreibender Deutschlands über das Wandergewerbesteuergesetz. Verschiedene andere Gesuche haben das badische Beamtengesetz und die Ortsklasseneinteilung, sowie das Polizeigesetz zum Gegenstand. Weiter liegt vor ein Gesuch des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe über die Fischausfuhr nach der Schweiz.

Letzte Meldungen

Keine Putschgefahr in Bayern

□ Berlin, 17. Jan. (Eig. Ber.) In einem Teil der Presse ist behauptet worden, daß in München am 20. Januar, zum mindesten aber im letzten Teil des Monats von nationalsozialistischer Seite ein Putsch vorbereitet sei. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, liegt für denartige Befürchtungen keinerlei Anlaß vor. Nichts deutet darauf hin, daß für diese Meldung irgend eine Grundlage vorhanden sei.

Keine Erhöhung der Zuckerpreise

□ Berlin, 17. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die „B. V. N.“ mitteilen, hat die Regierung alle Versuche, den Zuckerpreis zu erhöhen, grundsätzlich abgewiesen. Zunächst bleibt der Zuckerpreis bis zum 15. Februar so wie er ist.

Streikbewegung der Metallarbeiter

□ Berlin, 17. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Die Berliner Metallarbeiter haben gestern in einer Funktionärsversammlung beschlossen, das Angebot der Unternehmer abzulehnen. Es steht also ein Streik bevor. Gleichzeitig hat, wie aus Halle gemeldet wird, die Urabstimmung in den verschiedenen Werken der Metallindustrie mit großer Mehrheit den Beschluß ergeben, in den Streik zu treten. Dieser beginnt heute in Halle, Merseburg, Eilenburg, Weizenfeld und in den anliegenden Bezirken.

Singen, 17. Jan. Der für das Bodenseegebiet drohende Metallarbeiterstreik ist durch Verhandlungen, die in Rodolzell zwischen den beteiligten Parteien zu einer Verständigung führten, vermieden worden. Die von der Arbeiterchaft ausgesprochenen Forderungen wurden zurückgezogen.

Antwerpen, 17. Jan. Zwischen dem der deutschen Besatzungsmacht gehörigen Dampfer „Kleppo“ und einem italienischen Dampfer kam es in dem Scheideweg im Bezirk Antwerpen zu einem heftigen Zusammenstoß. Die „Kleppo“ sank schnell. Die Besatzung konnte sich retten.

□ Berlin, 17. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, mit Rücksicht auf zu erwartenden Kohlenmangel infolge der Ruhrbesetzung die Kellern- und Schaufensterbeleuchtung in Berlin nach Möglichkeit einzuschränken.

Städtische Nachrichten

Die neuen Straßenbahnfahrtpreise

Der gegenwärtige Straßenbahntarif ist am 5. Januar in Kraft getreten. Danach kosten 1-2 Teilstrecken 60 M., 3-5 Teilstrecken 80 M., 6 und 7 Teilstrecken 100 M., 8 und mehr Teilstrecken 120 M.

Bei Bekanntgabe dieser Beschlüsse wurde mitgeteilt, daß trotzdem immer noch ein Fehlbetrag von jährlich rund einer halben Million...

Vermehrung des Kurfahrttarifs (6 bzw. 80 M für 1 und 2 Teilstrecken). Diese Vergünstigung hat, wie festzustellen ist, nicht den erhofften Erfolg gebracht.

Nicht recht verständlich ist uns die Bemerkung, daß der Fehlbetrag auch durch die Herabsetzung des Strompreises verringert werden soll.

Neue Marken zu 10 Mark usw. Die Briefmarke zu 10 Mark wird jetzt nach dem Entwurf neu heidlich aus weißem Wellenlinienpapier hergestellt.

Schaffung einer Kunstgalerie für die Pfalz

Pfalzisch abgemüht, kulturell durch die zunehmenden wirtschaftlichen Bedrohungen als Grenzland gefährdet, ohne direkten Zusammenhang mit den eigentlichen Kulturzentren Bayerns, steht die Pfalz vor schwerer Zukunft.

Warnung vor Beschäftigung der Bauhandwerker durch ausländische Hausbesitzer. Der Reichsverband des deutschen Handwerks teilt folgendes mit: Bekanntlich sind in letzter Zeit sehr viele Hausgrundstücke in die Hände von Ausländern übergegangen.

Wie der erhöhte Milchpreis zustande kam. Unter Bezugnahme auf die in den letzten Tagen unter vorstehender Ueberschrift erschienenen beiden Artikel erhalten wir vom Oberbürgermeister folgende Erläuterung.

Verlängerung der Schutzzeit für Hafen. Im Hinblick auf die durch die dauernde neße Mitterung der letzten Zeit bedingten besonderen Verhältnisse, die die Abholung von Treibstoffen namentlich in den tiefer gelegenen Landstrichen vielfach nicht ermöglichte, hat das Reichsministerium des Innern im Interesse der Landwirtschaft die Schutzzeit für Hafen in diesem Jahre ausnahmsweise bis zum 31. Januar verlängert.

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Die Stadtvorordnetenversammlung von Bielefeld beschloß sich erneut mit dem städtischen Fehlbeitrag von 268 Millionen Mark, der nach einer Erklärung des Oberbürgermeisters inzwischen schon wieder wesentlich höher geworden ist.

Das städtische Krematorium, das in Hannover mit einem Aufwande von ca. 90 Millionen Mark erbaut wurde, soll Ende dieses Monats in Betrieb genommen werden.

Die städtischen Kollegen in Kiel haben der Gründung einer Hafenbau- und Betriebs-Gewerkschaft nach dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt.

Theater und Musik

Leipziger Theater. Im Alten Theater fand die Erstaufführung einer Komödie von Erich Kästner 'Himmel auf Erden' statt. Auf dem Motiv, daß ein reichendes junges Weibchen gestirbt ist, aber vom Scheitern wieder erwacht, sich zuerst für einen Gott hält und dann von aller Welt für einen Geist gehalten wird, baut das Stück sich auf.

Bankoff französischer Bühnenwerke in München. Die Münchner Kammeroper, die bisher als einzige Bühne der bayerischen Landeshauptstadt Bühnenwerke französischer Autoren aufgeführt, haben dem allgemeinen Volksempfinden angesichts der Befehlzung des Ausgabereichs entsprechend diese Werke und zwar Schwanke von Verneuil und Bondeva von dem Spielplan abgelehrt.

Literatur

Mein Heimatland. Badische Blätter für Volkstum, Land, Wohlstandsfrage, Heimat- und Denkmalschutz. I. K. des Landesvereins Badische Heimat, herausgegeben von Hermann Erich Busse, Freiburg i. B. Das 1. Heft des 10. Jahrgangs ist wieder sehr reichhaltig.

Aus dem Lande

Sachsenheim, 16. Jan. Am letzten Sonntag fand hier eine Rollenspieler-Versammlung des Vereins Badischer Pflanzenzüchter statt. Der öffentlichen Logung ging eine Fortbildung der Vereinsvorsitzenden voraus mit der grundlegenden Befähigung der Hamburger Ausstellung unter allen Umständen zu beschaffen, falls die Organe der Landwirtschaftspflege für eine genügende Unterstützung Gewähr leisten.

Schwechingen, 16. Jan. Eine bekannte hiesige Persönlichkeit, Gemeinderat Alexander Speiger 41 im Alter von 80 Jahren gestorben. Drei Wahlperioden hindurch gehörte der Entschlossene dem Gemeinderat an und war auch ständiger Bürgermeister.

Gerichtszeitung

Der Handgranatenanschlag im Börsengebäude

Am 23. Oktober v. J. wurden bekanntlich drei Beteteiligte an dem Attentat in der Börse vor dem Mannheimer Schwurgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. Janßen, der Berfer der Handgranate, erhielt 9 Monate, Schumm, der die Handgranaten aus München geholt hatte, 6 Monate und Förster, der von der ganzen Sache wußte, 2 Monate Gefängnis.

Die Vorgeschichte des Attentats ist ja noch aus der ersten Verhandlung bekannt. Maurice gab bei seiner Vernehmung Schilderung seines Lebens und seiner Münchner Zeit. Besonders eingehend schilderte er sein Leben nach dem Kriege. Nachdem er von Oberhessen, wo er am Vorkriegsstand mitwirkte, nach München zurückgekehrt war, trat er dann ganz in die Dienste der nationalsozialistischen Bewegung, wo er Unterführer einer Sturmabteilung wurde.

Bei der Zeugenvernehmung wurde zuerst Förster aufgerufen. Seine Aussagen erbrachten ebensowenig wie die von Schumm und Janßen etwas Neues. Schumm, der der jüngste (19 Jahre) ist, machte einen ziemlich verdocten Eindruck, es war nicht viel aus ihm herauszuholen, wie dies nachher auch der Untersuchungsrichter bestätigte.

Die Geschworenen wurden 3 Fragen vorgelegt: 1. Wegen des Waffenschatzes, 2. hinsichtlich des Auftrags auf Sachschaden, 3. die Frage der milderen Umstände. Der Staatsanwalt Dr. Feiler gab einen Rückblick über das Ergebnis der ersten Verhandlung, er beantragte die Befreiung der Schuldlosen, während er die Frage der milderen Umstände offen ließ.

Das Urteil, das gegen halb 3 Uhr gesprochen wurde, lautete auf 3 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt seien. Das Gericht habe den guten Grund und die bisherige Straflastigkeit des Angeklagten berücksichtigt, der sich zu seiner Handlungsweise habe überreden lassen, durch die allerdings in der Mannheimer ein gemeinschaftliches Verbrechen ausgeführt werden konnte.

Wetterdienstnachrichten

Table with weather forecasts for Karlsruhe, including columns for location, temperature, and weather conditions.

Table with weather forecasts for various locations, including columns for location, temperature, and weather conditions.

Allgemeine Witterungsübersicht. Nach Abzug des Tages über Polen ist der hohe Druck von Westeuropa aus kräftig nordwärts vorgedrungen und hat sich auf einen von Nordosten vorstößenden Hoch vereint.

